

Die Thronrede.

Wie die Thronrede erkennen läßt, liegt auch in der laufenden Tagung des Landtages, wie in dem größten Theile der letzten, der Schwerpunkt der gesetzgeberischen Arbeiten auf finanziellen Gebieten.

Die finanzielle Lage selbst ist eine andauernd gute. Wenn der Ueberschuß des laufenden Jahres voraussichtlich hinter dem des Vorjahres zurückbleibt, so ist zunächst daran zu erinnern, daß er im vorigen Jahre eine durch ein Zusammenstreffen glücklicher Umstände ungewöhnliche Höhe erreicht hat und es daher an sich unbedingt ist, wenn in dem nächsten Jahr nicht ganz soviel Ueberschuß erzielt wird. Es kommt aber hinzu, daß die Einnahmen in dem laufenden Etat sehr viel höher eingestellt werden konnten als im Vorjahre, jedoch der Etat zum ersten Male nach längerer Zeit ohne Defizit schloß, obwohl darin so sehr hohe Mehrausgaben für die Erhöhung der Beamtenbeholdungen und Mehreingehälter, wie für außerordentliche Aufwendungen der Eisenbahnen eingestellt waren. Bei voraussichtlich etwas geringeren Ueberschüssen wird das laufende Rechnungsjahr doch dieselbe fortwährende Entwicklung der Staatseinnahmen aufweisen, wie das Vorjahr.

Die wichtigste finanzielle Aufgabe der Session wird zweifellos das Komptabilitätsgeheim sein. Nicht daß etwa dadurch erhebliche Umwälzungen oder auch nur erhebliche Veränderungen des bestehenden Rechtszustandes herbeigeführt werden sollten, es handelt sich im Gegentheil nur um die Kodifikation der bestehenden Uebung und zwar innerhalb der verschiedenen Zweige der Regierung ebenso wie zwischen dieser und der Landesverwaltung, aber es ist von besonderem Werthe für die gefühlte, von Reibung fern zu haltende Fortentwicklung der preussischen Staatsfinanzen, daß die rechtlichen Grundlagen für deren Verwaltung völlig klar und sicher festgestellt werden. In diesem Sinne gewinnt das Komptabilitätsgeheim in der That die Bedeutung eines abschließenden Werkes. Nachdem die materiellen Grundlagen der preussischen Staatsfinanzen zuletzt noch durch das Schulden-tilgungsgeheim völlig gesichert sind, wird jetzt auch die rechtliche Grundlage derselben gesetzgeberisch festgelegt, sodaß alsdann alle Seiten der Sache in vollbefriedigender, Dauer versprechender Weise geordnet sind.

Fast alle übrigen Aufgaben, welche die Thronrede ankündigt, sind, sieht man von dem Gegenstande über die Stellung der Privatdozenten an den Universitäten ab, wirtschaftlicher oder wirtschaftspolitischer Natur. Die rapide Entwicklung des Genossenschaftswesens bringt es mit sich, daß eine erhebliche Verstärkung der Zentralgenossenschaftsämter vorgesehen wird, wie die Fortsetzung des Anstaltswesens im Osten nicht minder eine Erhöhung des Bundesmillionsfonds erfordert, wenn das einmal begonnene Werk der Förderung des Deutschtums und die Abwehr der großpolnischen Agitation nicht abgebrochen werden sollen. Es sind, wie man sieht, keine aggressiven Gesetzmäßigkeiten geplant, sowie auch im Verwaltungswege nur solche Anordnungen getroffen sind und werden, welche für die Vertheidigung der deutschen Position gegenüber dem angreifenden vorgedrungenen Großpolentum erforderlich erscheinen. In der Erweiterung des Staatsbahnnetzes, in der Förderung der Kleinbahnen wie in den Vorlagen, welche sich auf die Befestigung der Nothlage in den von der Ueberflutung heimgeführten Gebieten der Monarchie beziehen, haben wir wirtschaftliche Maßregeln vor uns, welche der Förderung einer gedeihlichen Entwicklung der Wirtschaftsverhältnisse weiter Kreise der Bevölkerung dienen sollen.

Große und wichtige Aufgaben sind diesem Landtage auch in dem letzten Abschnitte seiner Legislaturperiode gestellt. Mit Recht appellirt die Thronrede an die so oft betätigte verständnisvolle patriotische Unterstützung dieses Landtages, der im friedlichen Zusammenwirken mit der Regierung Großes und Bleibendes zum Segen des Vaterlandes geschaffen hat.

Die „Germania“ vertritt in der Thronrede „vor allen Dingen eine Untkündigung von Vorlagen kirchenpolitischen Inhalts, um endlich den traurigen Kinnen des Kulturkampfes ein Ende zu machen und den Frieden wiederherzustellen.“ Mit anderen Worten: Vorlagen, welche den noch aufrechterhaltenen Rest der kirchenpolitischen Gesetze, also jede Kontrolle des Staates über die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen, jede Schranke für die Ausbreitung des Ordenswesens, ferner jeden Einfluß der katholischen Gemeinden auf die Verwaltung des kirchlichen Vermögens z. c. beseitigen würden. Daß das kirchliche Blatt derartige Vorlagen „vermisse“, ist selbstverständlich nur eine Nebenwendung; es wird nicht geglaubt haben, daß solche in der Eröffnungsrede angekündigt werden könnten. Aber die letzte Session der Legislaturperiode soll ohne Zweifel vom Zentrum ganz besonders benutzt werden, um das in der katholischen Bevölkerung allgemein verglimmende Interesse an dem Kampfe gegen Gesetze, welche sie nicht als lästig empfindet, zum Theil sogar, wie das über die kirchliche Vermögensverwaltung, schlägt, wieder anzufachen.

Esterhazy freigesprochen!

Die Komödie des Esterhazy-Prozesses hat geendet. Wie Jedermann voraussah, hat das Kriegsgericht den Major Esterhazy freigesprochen. Im Uebrigen sind über den gestrigen Verhandlungstag folgende Meldungen eingelaufen: Vormittags um 9 Uhr wurden die Verhandlungen im Prozesse Esterhazy unter Ausschluss der Öffentlichkeit wieder aufgenommen; nur dem Zeugen wurde der Eintritt in das Gebäude gestattet. Wie verlautet, setzte Oberst Picquart in der Voruntersuchung seine Aussagen fort; er soll dem General Gonse gegenübergestellt worden sein und diese Gegenüberstellung soll sehr bewegt verlaufen sein. Oberst Picquart habe sensationelle Enthüllungen gemacht, die von außerordentlicher Wichtigkeit seien. Diese Gerüchte müßten mit ganz besonderer Vorsicht aufgenommen werden. Zahlreiche Neugierige hatten sich vor dem Gerichtsgebäude angelagert, um die Zeugen und die Mitglieder des Kriegsgerichts zu erwarten, wurden aber von den Polizeibeamten gestoppt. Die Verhandlungen wurden am Mittag unterbrochen und um 2 Uhr Nachmittags wieder aufgenommen bei strengem Ausschluss der Öffentlichkeit. Es waren nur noch zwei Zeugen zu verhören, alle übrigen sind bereits Vormittags vernommen. Es werden sodann noch die Schriftsachverständigen gehört werden. Der Ausschluss der Öffentlichkeit wird so rigoros durchgeführt, daß der Zutritt zum Gerichtsgebäude sogar den Gerichts-Journalisten untersagt ist. Dem Vernehmen nach wurden am Vormittage auch die Obersten Picquart und Henri gegenübergestellt. Picquart und der Advokat Leboucq sollen bekanntlich von Henri überrascht worden sein, als sie in den Hof des Borgehens des Präsidenten der Vernehmung der Gerichtsberichterstatter und gemäß dem von General Cassier erlassenen Befehl in den Gerichtsberichterstatter durch den General Luger ein Saal im Gerichtsgebäude zur Verfügung gestellt worden. Trotz dieses halb und halb gewährten Zutritts ist den beiden bisher noch nichts von dem zu Ohren gekommen, was im Sitzungssaal vorgeht. Die Zeugenvernehmung war um 5 Uhr beendet. Das Plaidoyer des Staatsanwalts war sehr kurz, die Schlussfolgerungen desselben sind noch nicht bekannt. Tageshelt die Vertheidigungsrede für Esterhazy. Die Schuldfrage lautet: Hat der Kommandant Esterhazy eine Verbindung mit einer auswärtigen Macht unterhalten? Die Vernehmung währte zehn Minuten. Bei der Verurteilung der Freisprechung rief das Publikum: „Es lebe die Freisprechung! Hoch Frankreich!“ Im Hof des Kriegsgerichtsgebäudes bildeten Offiziere Spalier und begrüßten Esterhazy. Als Esterhazy das Gebäude verließ, rief die Menge auf der Straße: „Es lebe der Kommandant! Hoch die Armee!“ Esterhazy konnte sich nur mit Mühe einen Weg bahnen. — Extrablätter, welche reißenden Absatz fanden, verbreiten die Nachricht von der Freisprechung Esterhazy, an die übrigen Niemand selbst gewiesen hat, auf den Boulevards. Die meisten Blätter melden, daß Madame de Jonssy de Wabans, welche als „verschleierte Dame“ galt, wegen Erpressung verhaftet wurde. Die Verhaftung soll auf Anzeige eines gewissen Volter erfolgt sein und mit der Esterhazy-Affäre nichts zu thun haben. Mit der verschleierte Dame wurde ein junger Mann, angeblich ihr Helfer, verhaftet.

Mit dem ungarischen Esterhazy wird von einer gewissen Presse geradezu ein Skandal getrieben, als ob der Angeklagte Frankreich gerettet hätte. So beschreibt der „Jour“ Esterhazy, wie er in Uniform vom Militärgefängnis über die Rue de Cherche-Midi in das gegenüberliegende Gebäude schreitet, wo das Kriegsgericht tagt, als einen Helden (!), der selbstbewußt und würdevoll in den Kampf ziehe, aus dem er als Sieger hervorgehen müsse. Nur wenige Blätter veröffentlichten das Schreiben, das der Deputierte Josef Reinach, Mitglied des Senats, an den Kriegsminister General Billot über den Ausschluss der Öffentlichkeit gerichtet hat. Er stellt fest, daß das Kriegsgericht nur dem Namen nach, der Kriegsminister aber thatsächlich darüber zu entscheiden hatte, und fährt fort: „Ob der Ausschluss der Öffentlichkeit ein vollständiger oder partieller ist, so wird Einer Alles erfahren. Es ist der, welcher schrieb: „Ich möchte als Mannenhaupt mitgetötet werden, indem ich Franzosen zusammenhaue“, — der, welcher Ihnen von dem Informationsbureau im Jahre 1896 als verdächtig bezeichnet wurde und den Sie angeblich wegen Kränklichkeit zur Disposition stellten. Sie haben dem Senat Dreyfus einwandig. In diesem Falle werden die geheimen Schriftstücke jenes Prozesses, die so fürchterlich sind, daß Sie dieselben nicht den bewährtesten Patrioten zeigen wollen, zur Kenntnis des Majors Esterhazy gelangen. Auch alle anderen Geheimnisse, deren Bekanntmachung, sagt man, die Interessen der Landesvertheidigung gefährden würden, werden zur Kenntnis des Majors Esterhazy gelangen. Frankreich aber wird die maggebenden Beweise nicht kennen und ein schmerzhafter Alp wird auch ferner auf dem Gewissen des Landes lasten.“

Die als vom Generalstab inspirirt geltenden Organe melden, es sei ungewiss, ob das Oberst Picquart vor das Disziplinargericht gestellt und entlassen werde. — Clemenceau macht sich in dem Blatte „L'Aurore“ anheißig, nachzuweisen, daß der Prozess gegen den Major Esterhazy nicht diesem, sondern dem Obersten Picquart gemacht worden sei. Das Resultat in dem Prozesse liege darin, daß die Verhandlungen für geheim erklärt wurden, sobald Picquart sich einstellte, um sich zu vertheidigen. Der Kriegsminister Billot habe sich in eine verabschuldungswürdige Angelegenheit eingelassen, indem er das Gericht hinderte, den als französischen Offizier verkleideten Mann zu befragen. — Das „Journal“ meint, es sei gut, daß in Frankreich die Nation, die die Armee und Offiziere jeden Ranges die ehle Initiative ergriffen hätten, die Verantwortlichkeit für Verurteilung bei offenen Thüren zu übernehmen. Kein anderes Land würde es haben ertragen können, in einer solchen Angelegenheit völlige Stille zu schaffen. — Der „Radical“ meint, daß es Matignon Dreyfus und Frau bedauert, daß es Matignon Dreyfus ist, in die Verhandlungen eingegriffen; ihr Eingreifen hätte kontradiktorische Auseinandersetzungen herbeigeführt, die erforderlich seien, um volles Licht über die Angelegenheit zu verbreiten. — Der „Gaulois“ beklagt die schmachvollen Vorgänge, die unlängst einen Hauptmann, heute einen Major, und morgen vielleicht einen Obersten brachten, beziehungsweise bringen werden. Die Ehre der Armee erfordert, daß dem ein Ende gemacht werde. — Die Geheimhaltung der wichtigsten Zeugnisaussagen im Prozesse Esterhazy verurteilt die Dreyfus-Partei, deren Organe das Kriegsgericht als eine Komödie bezeichnen. — Die Dreyfus-Blätter werden unmittelbar nach dem Urtheilspruch den Briefwechsel Gonse-Picquart veröffentlichen.

Mit einer gewissen Spannung wird auch der Wahl des Bureau des Senats entgegen gesehen, dessen Vizepräsident Schneider-Restier ist. Nach einer Ansprache des Vizepräsidenten Ballou wurde gestern behufs Wahl des Bureau eine Sitzung auf Donnerstag angekündigt. Schneider-Restier bleibt Kandidat für die Vizepräsidentschaft.

Wien, 11. Januar. Das „Neue Wiener Journal“ erzählt zur Dreyfus-Affäre aus Brüssel eine aus besonderer Quelle stammende sensationelle

Der Zug nach der Großstadt.

Zu den bedeutendsten sozialen Erscheinungen der Gegenwart gehört nach allgemeiner Ueberzeugung der Zug nach den Großstädten und die damit verknüpfte Entvölkerung des ländlichen Landes. Die Kritik der heimischen Landwirtschaft verläßt sich durch den Arbeitermangel außerordentlich; in den Städten wächst mit dem Anwachsen der industriellen Arbeiterarmee die Arbeitslosigkeit, und es bildet sich ein großstädtisches Proletariat heraus, das der starken Wurgeln sticht. Die Kraft, wie solche in Heimath und Bodenständigkeit gegeben sind, entbehrt, und den Ländlichen des Umsturzes um so leichter zum Raube fällt, je mehr fehlgeschlagene Hoffnungen einen Nährboden der Unzufriedenheit und des Mißmuths geschaffen haben. Seit lange bildet daher auch die in Rede stehende Erscheinung bereits einen Gegenstand eifrigsten Nachdenkens für die Volkswirthe und praktischen Politiker.

In den Augen der sozialen und politischen Demokratie freilich ist die Frage sehr einfach gelöst. Die bösen „Junker“ brauchen nur ihren Leuten bessere Löhne zu zahlen, und Niemandem fällt es mehr ein, die Großstadt aufzulösen. Eine derartige Ansicht aber ist so oberflächlich wie nur möglich. Einmal beweisen die Thatfachen, daß auch aus kleinbäuerlichen Distrikten eine mindestens ebenso starke Abwanderung stattfindet. Die Trennung des Großgrundbesitzes vom Kleinbesitz, um dem erstern allein die Schuld aufbürden zu können, ist daher in dieser wie in so vielen andern Fragen durchaus ungerecht und einzig und allein aus dem tiefgewurzten Hass der Demokratie zu erklären.

Sodann aber würde auch, wenn wirklich in der niedrigen Höhe der ländlichen Löhne die Hauptursache für den großstädtischen Zustrom zu suchen wäre, mit dieser Erkenntnis für die Befestigung des Uebels wenig oder nichts gewonnen sein. Nicht böser Wille, sondern mangelnde Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft würde in diesem Falle die Löhne niedrig erhalten, und es bedürfte erst einer gründlichen Ueberwindung der gegenwärtigen Kräfte, ehe an eine größere Selbstthätigkeit der Landarbeiter-Bevölkerung zu denken wäre.

Thatsächlich aber ist die Frage der wirtschaftlichen Stellung nicht der einzig oder auch nur vorwiegend entscheidende Punkt. Selbst von einem so wenig „agrarisch“ gefärbten Schriftsteller wie Friedrich Engels, dem Verfasser des Buches über die soziale Lage der arbeitenden Klassen in Berlin, wird eingestanden, daß die Unterlegenheit des ortsüblichen Tagelohnes durch den theueren Lebensunterhalt der Großstadt zum Theil wieder wett gemacht werden. Groß ist daher auch die Zahl derjenigen Mitglieder des Arbeiterstandes, die dem erkrankten Eldorado der Großstadt alsbald wieder den Rücken kehren. So betrug im Jahre 1895 für Berlin der Fortzug von Schülern, Gelehrten, Arbeitern, Dienstboten in runden Zahlen beim männlichen Geschlechte 64 000, beim weiblichen 43 000 Personen. Geistig-ethische Momente, unklare Hoffnungen und Illusionen, Wanderlust und Verlangensnach, nicht jedoch die thatsächlichen Unterschiede der wirtschaftlichen Lage bilden das Hauptmotiv der Abwanderung.

Unter den realen Verhältnissen aber, die den Zufluss Unberufener nach Berlin besonders erleichtern und begünstigen, sei in Kürze noch auf eins hingewiesen. Es ist dies das Schlafstellen-Unwesen. Nach der Zählung von 1890 gab es in Berlin nicht weniger als 95 365 Schlafstellen-Leute. Es sind dies Leute, die, um mit den Worten eines bekannten Statistikers zu sprechen, „nur in der Nacht berechtigt, am Tage geblüht“ sind. Für 6 bis 9 Mark wird ihnen ein Aufenthalt für die Nacht, eine Stelle zum Schlafen geboten. Dieses billige Wohnen gerade, das ja im Grunde genommen kein Wohnen ist, ermöglicht zahlreichen Gefitzten zum Schaden der Gesamtheit das Durchkommen in der Großstadt und wirkt somit fördernd auf ein ungeheures Uebermaß proletarischen Zugewinns und proletarischer Anwesenheit ein. Wie trauriger Art die sanitären und sittlichen Folgen sein müssen, die sich aus dem Schlafstellen-Unwesen ergeben, leuchtet wohl zur Genüge daraus hervor, daß 1890 von den 95 365 Schlafstellen zwei Drittel bei einem Ehepaar oder fast drei Viertel in Haushaltungen mit Kindern und ferner 39 Prozent in Wohnungen mit nur einem Zimmer wohnten. Gelingt es, hier die besessene Hand anzulegen, so dürfte damit auch dem Zug nach der Großstadt nicht unwesentlich Abbruch geschehen.

Aus dem Reiche.

Herr v. Bennigsen wird gegen Ende Januar in Berlin eintreffen, um an den parlamentarischen Arbeiten theilzunehmen. — Der frühere Kanzler der preussischen Staatskanzlei in Hamburg, Konrad Eduard Lang, ist in Hamburg im 77. Lebensjahre gestorben. — In den deutschen Minsitern sind während des Dezember v. J. für 29 105 600 Mark Doppelnoten und zwar sämtlich für Privatrechnung und für 32 521,08 Mark Einpfennigstücke geprägt worden. — Die diesjährige Generalversammlung des Deutschen Nautischen Vereins wird am 21. und 22. Februar zu Berlin abgehalten werden. Auf der Tagesordnung stehen u. a. folgende Gegenstände: Ausbau der deutschen Kriegsschiffe; Seemannsordnung; Vertheilung des Berges und Hüftholzes; Abänderung der Seitenlichter; Seewegerecht zur Entschädigung von Ansprüchen aus Kollisionen und Bildung eines Kollisionsschlichters für Rheben. — Winterübungen und Einquartierungen finden in diesem Jahre zum ersten Male in den Vororten Berlins statt. Bisher wurden die Uebungen, die Morgens begannen, stets am demselben Tage zu Ende geführt, so daß die Truppen Abends wieder in der Kaserne waren; in diesem Winter sollen sie zum Theil zwei Tage dauern. — So erhalten

z. B. Hermsdorf und andere Ortschaften im Norden am 4. und 5. Februar Einquartierung vom 4. Garde-Regiment zu Fuß. — Nach der im Reichs-Eisenbahnamt aufgestellten Nachweisung der auf deutschen Eisenbahnen — ausschließlich Baierns — im Monat November v. J. vorgekommenen Betriebsunfälle waren zu verzeichnen: Entgleisungen auf freier Bahn 9, in Stationen 22, Zusammenstöße auf freier Bahn 4, in Stationen 21, sonstige Betriebsunfälle 206, zusammen 262. Die Betriebslänge betrug 40 002 Kilometer, an Zugkilometern wurden geleistet 29 987 749, sodaß je ein Unfall auf 153 Kilometer Betriebslänge oder auf 114 457 Zugkilometer entfällt. Bei den Unfällen wurden 8 Tödtende getödtet, 67 verletzt, Bahnbeamte und Bahnarbeiter im Dienst 59 getödtet, 85 verletzt, Post-, Steuer-, Telegraphen-, Polizeibeamte z. c. im Dienst 2 getödtet, 3 verletzt, fremde Personen, einschließlich der nicht im Dienst befindlichen Beamten und Arbeiter, aber ausschließlich der Selbstmörder, 20 getödtet, 25 verletzt, zusammen also 89 Personen getödtet, 180 verletzt. — Der auf der Germania veröffentlichte in Kiel im Bau begriffene Kreuzer „G“ ist nach offizieller Angabe als neuer Typ unserer kleinen Kreuzer, deren die neueste Marinevorlage 30 fordert, bestimmt.

Deutschland.

Berlin, 12. Januar. Dem Vernehmen nach ist in dem gegenwärtig im Bundesraths-ausschuss in Beratung befindlichen Entwurf von Vorschriften über den Verkehr mit Geheimmitteln in der Apotheken in Aussicht genommen, in erster Linie die für die Abgabe stark wirkender Arzneimittel in den Apotheken maßgebenden Vorschriften (Bundesrathsbeschluss vom 13. Mai 1896) auch bei der Verabfolgung von Geheimmitteln zur Mithilfe zu geben, wie das ja im Wesentlichen in § 36 der preussischen Betriebsvorschriften vom 16. Dezember 1893 auch bereits bestimmt ist. Weiterhin wird geplant, daß diejenigen Apotheker, welche sich mit dem Vertrieb von Geheimmitteln befassen, zur Führung eines Verzeichnisses verpflichtet werden, aus welchem Name, Preis, Zusammensetzung und Verfertiger des Mittels ersichtlich sind. Auch über die Kennzeichnung der Gefäße und äußeren Umhüllungen der Geheimmittel sollen Bestimmungen getroffen, ebenso ein Verbot der Anbringung von Empfehlungen, Dankfugungen u. d. v. erlassen werden. Diejenigen Geheimmittel, die ihrer Zusammenfassung gemäß nur auf ärztliche Verordnung abgegeben werden dürfen, sollen mit einem entsprechenden Vermerk versehen werden. Der Schwerpunkt der Vorschriften scheint aber in einer Bestimmung zu liegen, nach welcher durch Anordnung der Landesgesetzgebungsorgane das Festhalten und die Abgabe bestimmter Geheimmittel verboten und der zulässige Höchstbetrag des Verkaufspreises bestimmter Geheimmittel festgelegt werden können.

Die Münchener „Allg. Ztg.“ beginnt in einer außerordentlichen Beilage mit der Veröffentlichung der Ergebnisse der von dem Blatte veranstalteten Flottenumfrage. 1800 Fragebogen mit fünf Fragen sind ausgehändigt; 400 Antworten sind bereits eingegangen, von denen, wie eine offizielle Depesche aus München auspricht, die meisten sich für eine starke Flotte aussprechen.

Der Prinzregent von Baiern hat dem Obersten Frehn von Klobbe das Kommando des Militär-Verdienstordens, dem Major von Basse das Ritterkreuz 1. Kl. und dem Premierleutnant Ankerst das Ritterkreuz 2. Kl. desselben Ordens verliehen. Die so ausgezeichneten Offiziere gehören sämtlich dem 3. schles. Dragoner-Regiment Nr. 15 an.

Auf die Vorgänge bei Port Arthur fällt ein neues eigenthümliches Licht durch eine Nachricht, die der „Nat.-Ztg.“ in gut verbürgter Form zugeht. Aus London erhält das Blatt ein Telegramm, das auf einer Dramatisierung von zuverlässiger Stelle aus Hongkong beruht. Die Meldung lautet: „In hiesigen Marinekreisen wird behauptet, die britischen Kriegsschiffe vor Port Arthur befänden sich dort mit geheimer Zustimmung Li-Dung-Changs. Dieser habe ein Festmahl für die dort anwesenden englischen Offiziere veranstaltet.“

Ämtlich dürfte Li-Dung-Chang mit dieser anglophilen Haltung bisher nicht herborgekommen sein. Es ist aber sehr wahrscheinlich, daß er jetzt größeres Entgegenkommen zeigen könnte, wo England sich nicht als Geldgeber für China aufzutreten.

Ueber die Grundzüge eines Reichsversicherungsgegesetzes, die unter Vorhiss des Grafen Bismarck und unter Hingabe von Sachverständigen aus allen Zweigen des Versicherungswesens seit einigen Tagen im Reichsamt des Innern beraten werden, wird offiziell geschrieben: Es handelt sich bei diesem Gesetzesentwurf darum, einerseits die von den Versicherungsunternehmen erworbenen Ansprüche, soweit wie möglich, zu sichern, andererseits den Versicherungs-Gesellschaften dasjenige Maß freier Bewegung zu gewähren, welches für die Entwicklung ihres Geschäftsbetriebes nicht entbehrt werden kann. Weidseitig muß auf die neuen Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs und des Handels-Gesetzbuchs Rücksicht genommen werden. Die Zwecke der einzelnen Versicherungen bedingen ein wesentlich verschiedenes Geschäftsgebot, und die große Schwierigkeit der Materie liegt darin, diesen verschiedenen Geschäftsmethoden in einem einheitlichen Gesetze vollkommen gerecht zu werden. Besonders die Transportversicherung, welche zum Theil einen internationalen Charakter trägt, bewegt sich in eigenthümlichen, auch durch die ausländische Gesetzgebung und Konkurrenz bedingten Formen. Die außerordentlichen juristischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten einer einheitlichen Versicherungs-Gesetzgebung lassen es erklärlich (V) erscheinen, daß die bereits im Jahre 1868 (!) angehängte Frage zu einem Abschlusse noch nicht gelangt ist. Wir wollen hoffen, daß die Beratung der jetzt neu aufgestellten Grundzüge, welche unter Zugiehung von hervorragenden Sachverständigen stattfinden, bald zu einem abschließenden Erfolge führt.

Eine Entscheidung, die jüngst das Königl. Kammergericht in einem Prozesse eines Magistratsbeamten gegen die Stadtgemeinde Berlin gefällt hat, wirkt ein eigenthümliches Licht auf die Art, wie der Berliner Magistrat langjährige Angestellte

Von der Marine.

Um einen geregelten Verkehr zwischen Kiaotshau und Shanghai herzustellen, sind Väteremelungen zufolge von der Marineverwaltung zwei deutsche in der chinesischen Küstenschiffahrt beschäftigte Handelsdampfer gechartert worden, die für Marinezwecke dort in Dienst genommen sind.

Arbeiterbewegung.

Leus, 11. Januar. In den Kohlenbergwerken von Droocourt ist ein Ausbruch der Bergarbeiter ausgebrochen, der an Ausdehnung zunimmt. Heute früh legten 300 Bergleute die Arbeit nieder.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 12. Januar. Am 20. Januar läßt die Geist zur Abgabe der Steuererklärungen ab. Die verspätet eingereichten Steuererklärungen haben den Verlust des Rechtsmittels zur Folge, wodurch der Steuerpflichtige für dieses Jahr das Recht verliert, gegen eine etwa zu hoch erfolgende Steuererhebung Berufung einzulegen. Steuerpflichtige mit einem Einkommen unter 3000 Mark werden hiervon nur in dem Falle betroffen, wenn sie zur Abgabe einer Erklärung besonders aufgefordert sind.

Die Säufung von Eisenbahn-u. f. f. in der letzten Zeit, insbesondere das wiederholte Versagen der Bremsvorrichtungen, hat den Minister der öffentlichen Arbeiten veranlaßt, eingehende Untersuchungen in dieser Richtung vorzunehmen. Es wird darüber jetzt berichtet: Bei der Vereinerung der Direktionsbezirke haben die Kommissare des Ministers nun festge-

